

09.01.2015

## 39. Klausurtagung in Wildbad Kreuth

### Solidarität, Stabilität, Sicherheit

**Drei kraftvolle Tage in Wildbad Kreuth: Auf der 39. Klausurtagung legte die CSU-Landesgruppe die Basis für ihre Arbeit im Jahr 2015. Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt setzt dabei auf die zentralen Botschaften Stabilität, Solidarität und Sicherheit.**



Foto: CSU-Landesgruppe

In mehreren Papieren formulierte die CSU-Landesgruppe auf der Klausurtagung ihre Positionen und Forderungen – etwa zum Wirtschaftsstandort Deutschland, zur beruflichen Bildung, zum schnellen Internet, zur Reform der Erbschaft- und Grundsteuer, zur Außenpolitik, zur organisierten Kriminalität, zur Asylpolitik sowie ganz aktuell zu den Anschlägen in Paris und damit verbunden zum Kampf gegen den islamistischen Terror. Die Klausurtagung gilt als der Impulsgeber für die Bundespolitik. Denn hier gibt die CSU-Landesgruppe mit ihren Beschlüssen Antworten auf die Fragen, die die Menschen bewegen. So zum Beispiel zum Umgang mit den Flüchtlingsströmen in den vergangenen Monaten. Die Solidarität der Bevölkerung sei überwältigend. Doch damit diese nicht kippe, brauche man eine ausgewogene Politik, machte Hasselfeldt klar. Solidarität dürfe nicht nur nach innen, sondern müsse auch nach außen gelten. Dafür steht die CSU wie keine andere Partei: Solidarität und Sensibilität mit denjenigen, die

**Antworten auf die Fragen, die die Menschen bewegen**

Hilfe benötigen aber zugleich auch eine schnellere Abschiebung bei unbegründeten Asylanträgen.

Die Innere Sicherheit ist eines der Kernthemen der CSU. Doch auch der ausgeglichene Haushalt, stabile Wirtschaft und Finanzen werden fundamental mit der Union verbunden. Die positive Situation auf dem deutschen und vor allem dem bayerischen Arbeitsmarkt ist nach wie vor stabil. Doch die weltweiten Krisen mahnen angesichts der Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft zur Wachsamkeit. „Die

jetzige Situation ist nicht gottgegeben, sie muss immer wieder neu hart erarbeitet werden“, sagte Gerda Hasselfeldt.

In Kreuth stellte die CSU-Landesgruppe klar: Es wird keine höheren Steuern geben, keine neuen Schulden und Investitionen werden zu einem großen Teil in die Verkehrsinfrastruktur, den Breitbandausbau sowie in Bildung und Forschung fließen.

Doch nicht nur in Deutschland sei eine stabile wirtschaftliche Lage von großer Bedeutung. Stabilität benötige man in ganz Europa.



Liebe Leserinnen und Leser,

traditionell trifft sich die CSU-Landesgruppe zum Jahresauftakt in Kreuth, um aktuelle Themen zu besprechen und die Schwerpunkte der politischen Agenda festzulegen. Neben der Wirtschaftspolitik und der inneren Sicherheit standen bei der diesjährigen Tagung die Außen- und die Asylpolitik im Mittelpunkt der Debatte.

Die außenpolitischen Krisenherde vor allem in der Ukraine, in Syrien und dem Nordirak bestimmen auch im neuen Jahr die Schlagzeilen. Durch intensive Diskussionen mit dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg und dem ukrainischen Außenminister Klimkin haben wir in Kreuth ein starkes Signal für die internationale Friedensordnung und gegen die Verletzung des Völkerrechts gesetzt. Deutschland steht zu seiner internationalen Verantwortung und ist verlässlicher Partner für eine friedliche und sichere Welt.

Für uns steht außer Frage, dass wir Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, sowohl vor Ort als auch bei uns unterstützen. Wer bei uns Schutz sucht, kann sich auf unsere Hilfe verlassen. Wer das Asylrecht allerdings aus wirtschaftlichen Gründen missbraucht, hat Deutschland schnell wieder zu verlassen. Dazu wollen wir die Verfahren beschleunigen – so wie es auch in unseren Nachbarländern Niederlande und Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Dies ist auch im Sinne der Betroffenen, die schnell Klarheit über ihre Zukunft brauchen. Damit verbinden wir Solidarität mit Gerechtigkeit, indem wir die Hilfe auf diejenigen konzentrieren, die sie tatsächlich benötigen.

Unbegleiteten Minderjährigen wollen wir hier eine Zukunft über eine Ausbildung ermöglichen. Mit dem Erlernen der Sprache und eines Berufes soll ihnen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden. Wir bringen uns weiter kraftvoll ein – für eine moderne und gerechte Asylpolitik, die die Zustimmung unserer Bevölkerung findet.



Florian Oßner MdB

## Beschluss

## Ausgewogene Asylpolitik

**Die Zahl der Asylbewerber steigt. Das ist eine Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen:**

- ◆ Die Lasten innerhalb Deutschlands müssen gerecht verteilt werden.
- ◆ Die Mitglieder der EU müssen zeitnah geltendes Recht auch umsetzen.
- ◆ Wer durch Krieg, Gewalt oder rassistische und religiöse Verfolgung vertrieben wird, dem helfen wir. Wer aber aus rein wirtschaftlichen Gründen Asyl sucht, muss Deutschland zügig wieder verlassen.
- ◆ Wer im Zuge der Fachkräftezuwanderung kommt, muss auf Dauer seinen Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten können.
- ◆ Verbesserungen bei den Aufenthaltsbeendigungen für diejenigen, denen kein Aufenthaltsrecht oder Duldung zusteht.

## Beschluss

## Organisierte Kriminalität

**Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat dramatisch zugenommen. Ein Beschluss für mehr Sicherheit:**

- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert den Einsatz einer modernen Software. Diese soll Kriminalitätsschwerpunkte besser lokalisieren können.
- ◆ Durch Telefonüberwachung, Speicherung der Verbindungsdaten und Funkzellenabfragen sollen Täterstrukturen leichter aufgedeckt werden.
- ◆ In Großstädten und grenznahen Regionen sind verstärkte polizeiliche Kontrollfahrten durchzuführen.
- ◆ Der Abbau von Polizeidienststellen in einigen Ländern ist unverantwortlich.
- ◆ Ein bereits ausgehandeltes Polizeiabkommen mit Tschechien im Kampf gegen Grenzriminalität soll umgehend in Kraft treten.

## Beschluss

## Islamistischer Terrorismus

**Der Anschlag auf eine französische Zeitung erschüttert. Bedrohungen ist entschlossen zu begegnen:**

- ◆ Der Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein Angriff auf die freiheitlich demokratischen Grundwerte Europas. Unsere Freiheit muss gemeinsam verteidigt werden.
- ◆ Mehr als 500 Personen sind aus Deutschland ausgeweis, um sich für den terroristischen Nahkampf auszubilden. Dem Einheit zu gebieten, ist in der nächsten Zeit sich stärker zu widmen.
- ◆ Es darf keine Toleranz im weltweiten Kampf gegen die Finanzierung und Unterstützung des Terrorismus geben.
- ◆ Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen muss ein-facher bestraft werden können.

## Diese Woche

39. Klausurtagung in Wildbad Kreuth	
<b>Solidarität, Stabilität, Sicherheit</b>	1
Beschluss	
<b>Ausgewogene Asylpolitik</b>	2
Beschluss	
<b>Organisierte Kriminalität</b>	2
Bundesinnenminister de Maizière in Kreuth	
<b>Für eine Vorratsdatenspeicherung</b>	2
Beschluss	
<b>Islamistischer Terrorismus</b>	2
Ukrainischer Außenminister und Nato-Generalsekretär in Kreuth	
<b>Ernsthafte und intensive Diskussionen</b>	3
Beschluss: „Deutschland - verlässlicher Bündnispartner“	
<b>Schulterschluss für die Sicherheit</b>	3
Im Dialog	
<b>Politik trifft Wirtschaft</b>	4
Beschluss Erbschaftsteuer	
<b>Familienunternehmen schützen</b>	4
Beschluss starke Wirtschaft	
<b>Wachstumsmotor Europa</b>	4
Beschluss	
<b>Berufliche Bildung</b>	4
EU-Kommissar Günther H. Oettinger in Kreuth	
<b>„Daten sind die Währung der Zukunft“</b>	5
Beschluss „Schnelles Internet für Stadt und Land“	
<b>Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder</b>	5
Presseschau	
<b>Im medialen Fokus: Schlagzeilen im Schnee</b>	6

## IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.  
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Redaktion: Inge Niebergall  
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze  
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212  
e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

## Bundesinnenminister de Maizière in Kreuth

## Für eine Vorratsdatenspeicherung

**„Die Anschläge in Paris verdeutlichen die Dringlichkeit“, stellte Bundesinnenminister de Maizière in Kreuth bezüglich einer Vorratsdatenspeicherung klar. Der Minister sprach sich auch für eine schnellere Abschiebung von Asylbewerbern aus, die unbegründet nach Deutschland kamen.**



Foto: picture alliance/dpa

Die Anschläge in Paris auf eine französische Zeitung stellen einen direkten Angriff auf unsere Werte von freier Meinungsäußerung, Toleranz und Achtung vor dem menschlichen Leben dar. Bundesinnenminister Thomas de Maizière warnte jedoch vor hektischem Aktionismus. Vielmehr sei Konsequenz und Nachdruck notwendig, um die eingeschlagene Strategie unerschrocken weiter zu verfolgen, so der Minister de Maizière. Hierfür müssen die zuständigen Sicherheitsorgane die nötigen technischen und rechtlichen

Mittel erhalten. De Maizière sprach sich wie zuvor die CSU-Landesgruppe für die Vorratsdatenspeicherung im Kampf gegen den Terrorismus aus. Er halte diese für nötig und geboten. „Die Anschläge in Paris verdeutlichen die Dringlichkeit“, so der Innenminister.

Auch bei der Asylpolitik befürwortet de Maizière schnelle Entscheidungen. Es sei auch für die Asylbewerber wichtig, möglichst früh zu wissen, ob sie in Deutschland bleiben können.

## Ukrainischer Außenminister und Nato-Generalsekretär in Kreuth

### Ernsthafte und intensive Diskussionen

Die Außenpolitik stand im Mittelpunkt der Klausurtagung. Dazu kamen sich der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin nach Wildbad Kreuth. Der hochrangige Besuch zeige die Wertschätzung der CSU, so Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt.



Foto: CSU-Landesgruppe



Foto: CSU-Landesgruppe

„Wir sind wachsam und stehen fest, um unsere Werte zu verteidigen“, sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Blick auf die gestrigen Anschläge auf die französische Satirezeitung „Charlie Hebdo“ in Paris.

Im Gespräch mit den CSU-Bundestagsabgeordneten hob NATO-Generalsekretär Stoltenberg Deutschlands Rolle als Schlüsselnation des Verteidigungsbündnisses hervor und lobte das deutsche Engagement in

der „NATO Response Force“, einer effizienten NATO-Eingreiftruppe. Landesgruppenvorsitzende Hasselfeldt unterstrich die Verankerung Deutschlands in EU und NATO. Die CSU-Landesgruppe stellt mit ihren Kreuther Beschlüssen Weichen für die gestiegene internationale Verantwortung Deutschlands: Das neue Weißbuch, die Sicherung wichtiger Schlüsseltechnologien, die erstklassige Ausstattung der Bundeswehr sowie die tatsächliche Nutzung der

bestehenden Haushaltsmittel sind wichtige Forderungen, um Deutschlands Rolle als Schlüsselnation der NATO und EU weiter zu stärken.

Zum ukrainisch-russischen Konflikt macht die CSU-Landesgruppe deutlich, dass ein gutes Verhältnis zu Russland zur Lösung vieler globaler Probleme notwendig ist. Mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin führte man in Kreuth eine intensive und ernsthafte Diskussion.

## Beschluss: „Deutschland - verlässlicher Bündnispartner“

### Schulterschluss für die Sicherheit

Die internationalen Krisen verlangen Antworten. Deutschland stellt sich seiner gestiegenen internationalen Verantwortung. Wirtschaftlich stark und stabil ist es ein gefragter und verlässlicher Partner bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben. Für die CSU-Landesgruppe ist klar:

- ◆ Die Achtung des Völkerrechts und die territoriale Integrität dürfen nicht in Frage gestellt werden. Die Annexion der Krim ist ein Völkerrechtsbruch und wird von uns nicht anerkannt.
- ◆ Die Gespräche zur Lösung des Ukraine-Konfliktes führen wir in klarer Bündnisorientierung.
- ◆ Ein gutes Verhältnis zu Russland zur Lösung vieler globaler Probleme ist unerlässlich. Eine Verständigung darf aber nicht die Aufgabe wesentlicher Werte zum Preis haben.
- ◆ An den spürbaren, gezielten Sanktionen wird festgehalten. Sie können verschärft, aber auch aufgehoben werden.
- ◆ Das Vorgehen der NATO-Partner gegen den sogenannten Islamischen Staat ist richtig.
- ◆ Vorrangige Bedeutung kommt der Hilfe für die Flüchtlinge im Irak, Syrien und den umliegenden Staaten zu.
- ◆ Die Waffen- und Munitionslieferungen an die Verteidiger Irakisch-Kurdistan waren richtig.
- ◆ Für eine nachhaltige Hilfe braucht es auch eine effektive Ausbildung der Verteidiger.
- ◆ Der Nahe Osten benötigt neben kurzfristigem Krisenmanagement auch mittel- und langfristige Perspektiven.
- ◆ Um Sicherheit und Frieden voranzubringen braucht es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in der alle 28 Staaten an einem Strang ziehen.
- ◆ Die Geschlossenheit im Ukraine-Konflikt ist Europas größter Trumpf.
- ◆ Die Assoziierung der Ukraine sowie Georgiens und Moldaus mit der EU verdient Unterstützung. Die Frage eines EU-Beitritts stellt sich aber derzeit nicht.
- ◆ Als verlässlicher Bündnispartner brauchen wir eine moderne, schlagkräftige Bundeswehr mit erstklassiger Ausstattung. Die dafür eingeplanten Haushaltsmittel müssen vollständig ausgegeben werden.

## Im Dialog

## Politik trifft Wirtschaft

**„Es ist höchste Zeit für ein Jahr der Wirtschaft“, sagte Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerkes (ZDH), in Kreuth. Nach der Einführung des Mindestlohns und der Rente mit 63 benötigt man nun Maßnahmen, die die Unternehmen entlasten.**



Foto: CSU-Landesgruppe

(v.l.n.r.): Max Straubinger, Hans Peter Wollseifer, Margret Suckale, Gerda Hasselfeldt, Ilse Aigner

Die Zahlen für 2014 sind gut: Allein im Handwerk gibt es 25.000 Arbeitsplätze zusätzlich gegeben. Doch für dieses Jahr sei die Prognose bei weitem nicht so rosig, meinte Wollseifer. Internationale Krisen aber auch innenpolitische Entscheidungen seien Gründe dafür. Als Beispiel nannte der ZDH-Präsident unter anderem die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Doch auch die Rente mit 63 sei kontraproduktiv. Denn diese verschärfe den Mangel an Fachkräften. Zumal immer mehr junge Menschen sich für ein Studium und gegen eine berufliche Ausbildung entscheiden.

In Kreuth hat die CSU-Landesgruppe deshalb ein Papier zur Stärkung der Dualen Ausbildung beschlossen. Diese sei der Grund, warum Deutschland eine so geringe Jugendarbeitslosigkeit habe, so Wollseifer. Er appellierte an eine gemeinsame Bildungsinitiative zwischen Handwerk und Politik. Auch Margret Suckale, Präsidentin des Chemiearbeitgeberverbandes, möchte den Austausch zwischen Politik und Wirtschaft stärken. Neben qualifizierten Fachkräften sei ein enger Kontakt zu den Kunden sowie zur Wissenschaft und Forschung wichtig für eine starke Wirtschaft, so Suckale.

## Beschluss

## Berufliche Bildung

**Es ist ein Exportschlager: das deutsche Ausbildungssystem. Die Duale Ausbildung soll mit einem Beschluss gestärkt werden.**

- ◆ Der Hochschulpakt von heute darf nicht den Fachkräftemangel von morgen finanzieren.
- ◆ Für akademisch Qualifizierte soll das Meister-Bafög geöffnet werden.
- ◆ Wir wollen dafür sorgen, dass das Berufsbildungssystem nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland die gebührende Wertschätzung erfährt.
- ◆ Wenn Wirtschaftskraft und Wohlstand bewahrt werden sollen, kann auf keinen Schulabgänger verzichtet werden.
- ◆ Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich hier qualifizieren wollen, soll die Möglichkeit zu einem Schulabschluss und einer dualen Ausbildung offen stehen.
- ◆ Gut integrierten Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine in Deutschland begonnene Ausbildung abzuschließen.
- ◆ Mit dem Thema Berufliche Bildung soll sich eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag befassen.

## Beschluss Erbschaftsteuer

## Familienunternehmen schützen

**Familienunternehmen sind die tragende Säule des Mittelstandes und der deutschen Wirtschaft. Diese Unternehmen sollen bei Generationswechseln von der Erbschaftsteuer nicht stärker belastet werden – sofern die Arbeitsplätze erhalten bleiben.**

- ◆ Bei der Reform der Grundsteuer trägt die CSU-Landesgruppe kein Modell mit, welches sich an Verkehrswerten orientiert. Denn die Ermittlung der Grundsteuer würde so verkompliziert und bliebe intransparent.
- ◆ Steuererhöhungen sind ausgeschlossen. Dieses Versprechen ist auch für die anstehenden Reform der Grund- und Erbschaftsteuer maßgebend.
- ◆ Es darf keine weitere Belastung für Wirtschaft und Bevölkerung geben.
- ◆ Wir setzen uns weiter für eine Regionalisierung von Grund- und Erbschaftsteuer ein. Steuern, die den Ländern zustehen, sollen auch von den Ländern selbst bestimmt werden.
- ◆ Familiengeführte Unternehmen dürfen beim Generationenübergang nicht durch die Reform der Erbschaftsteuer gefährdet werden. Deswegen müssen die Verschonungsregelungen und Spielräume so weit wie verfassungsrechtlich zulässig erhalten werden.

## Beschluss starke Wirtschaft

## Wachstumsmotor Europa

**Deutschland ist der Wachstumsmotor Europas und Stabilitätsanker der Eurozone. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen die Standortfaktoren gestärkt werden: Ein Beschluss für eine „starke Wirtschaft – starkes Bayern“.**

- ◆ Für die Verkehrsinfrastruktur sollen fünf Milliarden zusätzlich ausgegeben werden.
- ◆ Für die öffentlich-private Zusammenarbeit soll eine Datenbank eingerichtet werden. Mittelständische Unternehmen erfahren so von geplanten Projekten. Sie können ihre Kräfte bündeln und gemeinsame Angebote abgeben.
- ◆ Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung für Infrastrukturvorhaben soll verpflichtend werden.
- ◆ Es darf keine Steuererhöhungen geben – eine Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer wird abgelehnt.
- ◆ Zeitarbeit ist eine stabile Brücke in den Arbeitsmarkt. Allerdings darf sie nicht zu Lohndumping führen. Künftig sollen deshalb nach neun Monaten Stammebelegschaft und Zeitarbeiter gleich bezahlt werden.
- ◆ Bürokratie muss abgebaut werden – dies muss auf nationaler und europäischer Ebene vorangetrieben werden.

## EU-Kommissar Günther H. Oettinger in Kreuth

### „Daten sind die Währung der Zukunft“

**Ein Rückstand von fünf Jahren habe Europa in Sachen Digitalisierung aufzuholen. Dieses Urteil fällt EU-Kommissar Günther H. Oettinger bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth. Europa sei aber auf einem guten Weg. „Wir stehen mit der Digitalisierung vor einer Revolution unserer Wirtschaft“, so der Kommissar.**

Europa steht vor einem Jahr der Entscheidungen. Die Entwicklung gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen in den Mitgliedstaaten zeigt, dass der christlich-soziale Weg richtig war und ist richtig: Stabilität statt Schuldenunion, Wachstum über Reformen und Investitionen in die Zukunft statt Schulden. Es ist ein gutes Signal, so EU-Kommissar Günther H. Oettinger und EVP-Vorsitzender Manfred Weber, dass der Schwerpunkt des Zehn-Punkte-Plans des neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker auf Wachstum und Beschäftigung liegt.

Zentrale Herausforderung ist die digitale Revolution. „Europa ist auf einem guten Weg, aber längst nicht am Ziel“, sagte Oettinger und ergänzte: „Entscheidend ist nun, dass wir das Investitionsprogramm gut umsetzen.“ Denn Daten seien die Währung der Zukunft. „Wir haben einen Rückstand von etwa fünf Jahren aufzuholen“, so Oettinger. Man brauche jedoch auch einen Ruck durch die Gesellschaft, so der EU-Kommissar.



Foto: CSU-Landesgruppe

Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, erklärte: „Wir stehen mit der Digitalisierung vor einer Revolution unserer Wirtschaft. Die Verschmelzung der digitalen Wirtschaft mit der realen, das ist unsere Zukunftsfrage. Die Ketten der Wertschöpfung werden aufgebrochen und neu zusammengesetzt. Was bei den mobilen Endgerä-

ten längst Realität ist, steht uns auch für den Rest der Wirtschaft bevor.“

EVP-Chef Weber sprach sich in diesem Zusammenhang auch für eine Europäisierung der digitalen Politik aus: „Das ist die Chance unsere Standards im Datenschutz weltweit durchzusetzen. Es muss zum Beispiel ein Recht auf Vergessen geben.“

## Beschluss „Schnelles Internet für Stadt und Land“

### Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder

**Die Weichen für eine Wirtschaft 4.0 stellte die CSU-Landesgruppe ihrem Kreuther Beschluss „Schnelles Internet für Stadt und Land“. Denn Deutschland hat die Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder. Dabei ist schnelles Internet die Voraussetzung, damit Deutschland sich an der Spitze des digitalen Fortschritts setzen kann.**

- ◆ Auch ländliche Regionen sollen bis 2018 flächendeckend mit Breitband von mindestens 50 MBit/s versorgt werden.
- ◆ Der Breitbandausbau muss im Wesentlichen durch den Markt erfolgen.
- ◆ Das Zehn-Milliarden Euro-Investitionsprogramm soll neben der Stärkung der Verkehrsinfrastruktur zu einem großen Teil auch in die Breitbandinfrastruktur fließen.
- ◆ Leistungsfähige Netze sind die Basis, damit Deutschland wettbewerbs- und innovationsfähig bleibt.
- ◆ Die Bundesländer müssen eigene Haushaltsmittel für den Ausbau von Hochleistungsnetzen zur Verfügung stellen. Außerdem sollen die Länder jährlich einen Bericht veröffentlichen, um Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen: Wir wollen einen Wettbewerb der Länder, von dem die Menschen, Unternehmen, und Kommunen profitieren.
- ◆ Die Verlegung von Glasfaserleitungen muss bei der Erschließung von Neubaugebieten vorangetrieben werden. Es muss das Motto gelten: kein Netzbau ohne Netzanschluss.
- ◆ Es müssen Synergieeffekte genutzt werden. Denn 80 Prozent der Kosten entstehen durch Tiefbauarbeiten. Deshalb ist eine Mitnutzung von Strom-, Gas-, Fern- und Abwasserleitungen zu ermöglichen.
- ◆ Es soll bei Bedarfsinfrastrukturprojekten eine Pflicht zur bedarfsorientierten Verlegung von Leerrohren geben.
- ◆ Entlang der Verkehrswege (Bundesautobahnen und ICE-Trassen) ist die Breitbandversorgung zu verbessern. Das heutige GSM-Netz soll durch ein LTE-Netz ersetzt werden.

Presseschau

## Im medialen Fokus: Schlagzeilen im Schnee

**Das Echo war laut, die Aufmerksamkeit groß. Drei Tage lang tagte die CSU-Landesgruppe auf ihrer Klausur in Wildbad Kreuth. Ebenfalls dabei: rund 150 Journalisten von Rundfunk, Online und Print, zehn Übertragungswagen. Und das war die Klausurtagung 2015 in der Presseschau. Eine Auswahl:**

**Tagesschau.de:** „Staatsbürgerschaftsentzug, Personalausweis abnehmen, Vorratsdatenspeicherung: Die CSU hat sich in Wildbad Kreuth nach dem Pariser Anschlag wieder als Wahrer der inneren Sicherheit präsentiert.“

**Süddeutsche Zeitung:** „Bei der Winterklausur der CSU-Bundestagsabgeordneten in Wildbad Kreuth ist am Donnerstag Bemerkenswertes passiert: Die Parlamentarier haben ein aktuelles Positionspapier verfasst. Sie wehren sich gegen islamistischen Terror.“

**Abendzeitung München:** „Nato auf der CSU-Klausur“

**Mittelbayerische.de:** „CSU präsentiert Antworten auf den Terror. Die



Foto: CSU-Landesgruppe

Partei spricht sich für Vorratsdatenspeicherung aus und gegen Anti-Islam-Hetze – ganz im Sinne ihres prominenten Gastes.“

Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth bis zum Reichstagsgebäude und damit dem Sitz des Bundestages in Berlin.

**Deutschlandfunk:** „650 Kilometer mit dem Auto sind es von der Hanns-

Aber die CSU-Landesgruppe kann noch so weit wegfahren - Berlin ist für die Abgeordneten allgegenwärtig.“

## Das war Kreuth 2015



Fotos: picture alliance/dpa, CSU-Landesgruppe